

Veranstaltung vom 29.11.2018 im Marburger Weltladen

Ethnische Minderheiten in Vietnam mit Sarah Grieß

Durch die Zusammenarbeit mit verschiedenen lokalen Organisationen in Nord- und Zentral Vietnam während ihrer Anstellung beim DED (Deutscher Entwicklungsdienst) hat die Referentin Sarah Grieß vor allem Erfahrung vor Ort sammeln können. Die gelernte Sozialwissenschaftlerin arbeitet aktuell als Projektreferentin für Südostasien bei INKOTA und betreut u.a. Projekte in Vietnam.

Der Fokus des Vortrags liegt auf den multiplen Ethnien in Vietnam. Den Begriff „Ethnie“ ordnet Frau Grieß in eine sozialwissenschaftliche Tradition ein, die eine soziale Gruppe über ihr intuitives Selbstverständnis definiert und eine Gruppenidentität als Volksgruppe zuerkannt wird (altgriech.: *éthnos* = Volk). Um eine gemeinsame Grundlage für den folgenden Vortrag zu schaffen, teilt Frau Grieß einige allgemeine Informationen bzgl. Vietnam: In Vietnam selbst leben ca. 96 Millionen Menschen; die Fläche des Landes (Vietnam: ca. 330.000 km²) ist dabei in etwa mit Deutschland vergleichbar (D.: ca. 357.000 km²), die Bevölkerungsdichte ist folglich geringfügig höher. Ein Großteil der vietnamesischen Bevölkerung wird als Kinh-Vietnames*innen bezeichnet – vietnamesisch für ‚ethnische Vietnames*innen‘. Daneben existieren nach etwa 53 ethnische Minderheitengruppen. Diese leben vor allem im Hochland und konzentrieren sich im nördlichen Vietnam. Da $\frac{3}{4}$ der vietnamesischen Fläche als bergig gilt, lebt folglich nur ein kleiner Teil der Gesamtbevölkerung verteilt auf $\frac{3}{4}$ der Gesamtfläche Vietnams. Die Mehrheitsbevölkerung konzentriert sich auf die Großstädte (Hanoi im Norden: ca. 6,5 Mio. Einwohner*innen; Ho-Chi-Minh-Stadt im Süden: ca. 7 Mio. Einwohner*innen). Doch die Migration vom Land in die Städte nimmt stetig zu, da die Kinh-Vietnems*innen als Subsistenzwirtschaft betreibende Kleinbäuer*innen von struktureller Armut betroffen sind und sie mehr und mehr in Städte abwandern, um dort nach Arbeit zu suchen.

Die Weltbank benennt diverse Ursachen für das wirtschaftliche „Zurückfallen“ vor allem der ländlichen Bevölkerung. Unter anderem zählt die Referentin folgende auf: Ein niedriges Bildungsniveau, geringe Mobilität, wenig produktive Anbauflächen, aber auch Reproduktion von Stereotypen und kulturelle Barrieren. Beispielhaft geht Frau Grieß in ihrem Vortrag auf potenzielle Ursachen des niedrigen Bildungsniveaus ein: Dazu zählen u.a. Infrastrukturprobleme und verschiedene Formen von Diskriminierung. Letztere sind insbesondere im Kontext der vietnamesischen Verfassung zu sehen, die Gleichheit und Solidarität garantiert, darunter auch religiöse Freiheit. Faktisch ist Vietnam aber eine Sozialistische Republik mit einem Einparteiensystem, das von einer marxistisch-leninistischen Doktrin geleitet wird. In diesem Verständnis finden Religion(en) nur schwer einen Platz und werden tatsächlich nicht unterstützt.

Diese „Beschneidungen“ betreffen ethnische Minderheiten auch deshalb im besonderen Maße, da kulturelle Aktivitäten vom Staat verwaltet und kontrolliert werden. Darunter fallen auch der Versuch der Kontrolle und Tilgung von Aberglaube. Dies wird insofern umgesetzt, so Frau Grieß, indem jede Organisation dazu aufgefordert ist, sich beim Staat zu registrieren. Tun sie dies nicht, gelten sie als illegal und können verfolgt bzw. verboten werden. Große Kirchen sind in den meisten Fällen registriert, kleine ‚Hauskirchen‘ (informeller Rahmen; nicht institutionalisiert) hingegen nicht. Die offiziellen Zahlen sagen, dass 80% der Vietnames*innen Atheist*innen sind, jedoch wird von Teilnehmenden des Vortrags angemerkt, dass sich die Mehrheit der vietnamesischen Bevölkerung dem Buddhismus zugehörig fühlt und dieser von seinen Anhänger*innen nicht verlangt, sich offiziell registrieren zu lassen bzw. sich gar offiziell zum Buddhismus zu bekennen. Der Ahnenkult ist zum Beispiel ein Teil dieser Traditionen und wird von den Anhänger*innen auch größtenteils praktiziert. Der buddhistische Glaube verwehrt es seinen Anhänger*innen darüber hinaus nicht, sich zusätzlich zu einem weiteren Glauben zu bekennen, zum Beispiel zum Katholizismus. Unter anderen deshalb bleiben viele Menschen unregistriert, was die hohe Zahl an formalen Atheist*innen erklärt. Es ist folglich sehr schwierig für staatliche Behörden, alle im Volk stattfindenden Prozesse zu registrieren.

Diese Verwobenheit und unscharfen Grenzen zeigen vorsichtig die Komplexität und Vielschichtigkeit der kulturelle und religiösen Traditionen und Gegebenheiten in Vietnam auf. Jedoch nehmen die Forschungen in Vietnam und vor allem von vietnamesischen Forscher*innen zu und tragen zu einer kontinuierlichen Differenzierung genannter statistischer Zahlen bei. Ein Versuch vietnamesischer Forscher*innen ist es derzeit bspw., dass kulturelle Praktiken durch Verschriftlichung dokumentiert werden. Dies wird wiederum dadurch erschwert, dass verschiedenen ethnischen Gruppen keine Schrift verwenden, sondern ihr Wissen größtenteils mündlich tradieren.

Eine andere Form der Diskriminierung beschreibt Grieß in der Stimmlosigkeit der ethnischen Vietnames*innen. Sie sind kaum in den Provinz- und Landesgremien vertreten, da sie zum Teil keinen Einfluss auf direkte Delegierte und damit auch nicht auf Entscheidungsprozesse haben. Viele Gruppen haben ihre eigenen Formen Konflikte zu lösen und auch eigene Regelwerke, die keine Repräsentation finden. Entwicklungspläne gehen wegen dieser fehlenden Bemühungen um Austausch und Kommunikation an den realen lokalen Bedürfnissen vorbei. So werden beispielsweise vermehrt große Gebäude für Büros o.ä. gebaut, statt Straßen zu erneuern, die durch den wiederkehrenden Monsun immer wieder überspült und damit u.a. für Schulkinder unpassierbar werden.

Die Organisation DWE versucht diese Probleme durch die Stärkung der Partizipation der Dörfer aufzulösen (nicht auf Landesebene, sondern lokal). Der Kerngedanke: Bevölkerung und Regierungsvertreter*innen treten in Austausch, wodurch eine partizipative Problemanalyse vorangetrieben werden kann. Um beim Beispiel Straßenbau zu bleiben, sieht der partizipative Ansatz folgendes vor: Die Projektidee des Baus einer Straße, damit

die Kinder auch während des Monsuns in die Schule können kann von den Dorfbewohner*innen selbst ausgearbeitet und Geldmittel selbst akquiriert werden. Darüber hinaus beteiligt sich die Dorfbevölkerung an den Projekten (jede*r im Rahmen seiner/ihrer Möglichkeiten). Schließlich findet auch die Projektimplementierung durch die Bewohner*innen selbst statt (Verträge mit Unternehmen etc. werden selbstständig abgeschlossen). Andere Projekte betreffen die Gründung von Kooperativen, mit denen dann gemeinschaftlich die Eröffnung eines Einkaufsladens umgesetzt werden kann. Solche Projekte werden durch den Distrikt und auch in kleinem Maßstab von INKOTA gefördert.

Ein weiteres Problem, in dem sich Teile der Bevölkerung diskriminiert fühlt, betrifft den Besitz von Land. Landwirtschaft ohne Land zu betreiben ist (so gut wie) unmöglich. Das gesamte Land gehört dabei nicht dem vietnamesischen Staat, sondern dem Volk; der Staat verwaltet es nur. Nutzungsrechte können zeitlich begrenzt (max. 50 Jahre) erworben und in diesem Zeitraum auch vererbt werden, allerdings kann kein*e vietnamesische*r Bürger*in Land besitzen. Landenteignung ist deshalb ein hier nur eingeschränkt geltender Begriff. Trotzdem beschreibt die Referentin einige Prozesse, die in diese Kategorie einzuordnen sind:

- ‚Landenteignung‘ durch Siedlungsprogramme (Umsiedlung in zentrales Hochland fand Mitte des 20. Jahrhunderts statt, um die Befreiungsbewegungen in den Städten zu unterwandern (durch die USA); dabei fand bspw. gezielte Hinsiedlung an Grenzregionen statt)
- Industrielle Plantagen werden gezielt errichtet (darunter Kaffee, Kautschuk)
- Infrastrukturprojekte
- Naturschutz entfacht auch Landkonflikte, da viele Gebiete als Naturschutzgebiete deklariert werden. Zu Land, das vorher mitbewirtschaftet wurde, gibt es dadurch keinen Zugang mehr

Die Ausführungen und der Begriff der Landenteignung lösten kontroverse Diskussionen unter den Teilnehmenden aus: Sind Siedlungsprogramme und Naturschutz-Implementierungen als etwas rein Negatives zu betrachten? Reaktionen auf diese Frage thematisierten die Konsequenzen solcher Programme für die betroffenen Menschen – nämlich Vertreibung und Alternativlosigkeit. Außerdem müssen auch emotionale Faktoren wie Heimat und Verwurzelung berücksichtigt werden und die Betroffenheit der Menschen, die auch nach der Umsiedlung Bedürfnisse der Rückkehr und Entwurzelung verspüren.

Auch Naturschutz ist im vietnamesischen Kontext schwer einzuordnen – Durch Krieg und großflächige Anwendung der vermeintlichen Entlaubungs-Chemikalie Agent Orange durch die Amerikaner*innen hat große und nachhaltige Schäden in der Natur angerichtet. Und im Süden Vietnams gibt es bereits wegen des Kolonialismus kaum mehr „ursprünglich“ bewohnte Gebiete. Diese und weitere Aspekte sprechen vor allem für die Beachtung gesamthistorischer Prozesse in Vietnam, plädiert Frau Grieb abschließend, statt nur gegenwärtige Entwicklungen in Augenschein zu nehmen.

